

Geschäftszeichen: 2/10

B E S C H L U S S

In dem Schiedsgerichtsverfahren

wegen der dem Kläger am 07.04.2010 per Mail eröffneten Landesvorstandsentscheidung zu seinem Beitragsermäßigungsantrag

erklärt sich das Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Thüringen durch den Vorsitzenden Richter Tim Staupendahl, den 1. Richter Daniel Flachshaar und den 2. Richter Martin Herrmann für

nicht zuständig.

GRÜNDE:

Entsprechend der Bundessatzung der Piratenpartei Deutschland, Abschnitt B §2 (3) unterliegen alle Anträge auf Minderung des Mitgliedsbeitrages ausschließlich der Entscheidungsgewalt des Bundesvorstandes.

Die am 21.01.2010 vom Bundesvorstand beschlossene Delegation der Antragsbearbeitung an den jeweils zuständigen Landesvorstand sieht nur eine Prüfung und Bearbeitung **unter Vorbehalt** vor, insofern versteht das Schiedsgericht den in Bezug auf den Antrag auf Beitragsminderung des Klägers gefassten Beschluss des Landesvorstandes vom 07.04.2010 eher als eine Art Empfehlung an den Bundesvorstand.

Die endgültige und einzig anfechtbare Entscheidung über das Zugeständnis bzw. die Ablehnung einer Beitragsminderung findet nach einer nochmaligen Prüfung der vom jeweiligen Landesvorstand eingereichten Unterlagen durch den Bundesvorstand statt.

Folglich ist das Landesschiedsgericht des Landesverbands Thüringen der Piratenpartei Deutschland nicht zuständig, sondern das Bundesschiedsgericht der Piratenpartei Deutschland.

Rechtsmittelbelehrung:

Der Beschluss ist unanfechtbar.